

EXPERTISE

Antiosteuropäischer und antislawischer Rassismus

Mai 2023

Prof. Dr. Jannis Panagiotidis, Universität Wien

*PD Dr. Hans-Christian Petersen, Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im
östlichen Europa*

Inhalt

1. Was sind antiosteuropäischer und antislawischer Rassismus?	2
2. Antiosteuropäischer und antislawischer Rassismus in der deutschen Geschichte	5
3. Kontinuitäten nach 1945	6
4. Anfeindungen und Instrumentalisierung seit dem 24. Februar 2022	7
5. Fazit	9

Die Expertise wurde von der Robert Bosch Stiftung gefördert.

Zusammenfassung

Menschen aus dem östlichen Europa erlebten und erleben in Deutschland vielfach Diskriminierung und Ausgrenzung. Im öffentlichen Bewusstsein und in aktuellen antirassistischen Debatten stellen ihre Erfahrungen jedoch einen weitgehend blinden Fleck dar. Zur gegenwärtigen Ausprägung gibt es bisher kaum Erkenntnisse aus der Forschung. Dabei machen Personen mit Migrationsgeschichte aus dem östlichen Europa mit über 9,5 Millionen Menschen rund 40 Prozent aller in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund und rund ein Neuntel der Gesamtbevölkerung aus. Es ist wichtig, ihre Erfahrungen zur Kenntnis zu nehmen und über antiosteuropäischen und antislawischen Rassismus zu sprechen.

Diese Expertise bietet den ersten systematischen Überblick über den bisherigen Wissensstand und benennt Forschungslücken:

- Antiosteuropäischer und antislawischer Rassismus sind tief in der deutschen Geschichte verwurzelt. Sie gingen seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit einem kolonialen Verhältnis Deutschlands zu Osteuropa einher und erreichten ihren Höhepunkt in der NS-Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg.
- Wie antiosteuropäischer und antislawischer Rassismus nach 1945 weiterbestanden, sich äußerten und veränderten, ist bisher wenig erforscht. Antikommunismus, „Polenwitze“, die restriktive Handhabung von Migration im Zusammenhang der EU-Osterweiterung und rassistische Gewalt gegen osteuropäische Migrant*innen sprechen dafür, dass antiosteuropäische und antislawische Ressentiments bis heute wirkmächtig sind.
- Mit der Ausweitung des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine seit dem 24. Februar 2022 erfahren antiosteuropäischer und antislawischer Rassismus verstärkt Aufmerksamkeit. Anfeindungen russischsprachiger Menschen in Deutschland sind real, wurden aber auch instrumentalisiert. Es gibt eine große Aufnahmebereitschaft gegenüber ukrainischen Geflüchteten, aber auch gewalttätige Feindseligkeiten. Ebenso wurden rassistische und sexistische Abwertungen, insbesondere gegenüber ukrainischen Frauen, sichtbar.
- Antiosteuropäischer und antislawischer Rassismus sind noch kein selbstverständlicher Bestandteil der Diskussionen über Rassismus in Deutschland. Es mangelt an Bewusstsein für die Bedeutung des Themas. Notwendig ist eine „Osterweiterung“ der deutschen Rassismusdebatte.

1. Was sind antiosteuropäischer und antislawischer Rassismus?

Rassismus gegen Menschen aus dem östlichen Europa kann sich auf zwei Ebenen äußern. *Antiosteuropäischer Rassismus* beschreibt abwertende, essentialistische Zuschreibungen zum geografischen Raum Osteuropa und seinen Bewohner*innen.¹ Im pseudo-wissenschaftlichen rassistischen Diskurs seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden die „Slawen“ als eine eigene, minderwertige „Rasse“ konstruiert. Dieser Rassismus wird als *antislawischer Rassismus*

¹Analog zu Edward Saids „Orientalism“ verwendet der Anthropologe Ivan Kalmar den Begriff „East Europeanism“. Anders als wir verortet er dieses Phänomen allerdings erst in der Zeit nach 1989. Siehe Ivan Kalmar, *White But Not Quite: Central Europe's Illiberal Revolt* (Bristol: Bristol University Press, 2022).

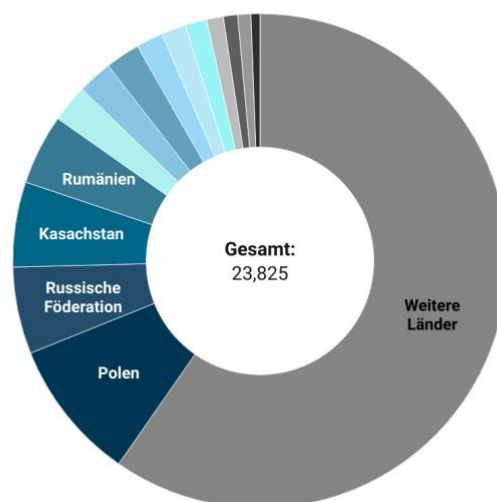
oder *Antislawismus* bezeichnet.² All diese Begriffe basieren auf Fremdzuschreibungen. Sie entsprechen nicht den Selbstbeschreibungen der Menschen, die damit adressiert werden.

Antisteuropäischer und antislawischer Rassismus sind in der deutschen Geschichte von zentraler Bedeutung. Insbesondere die deutsche Besatzungs- und Vernichtungspolitik im östlichen Europa während des Zweiten Weltkriegs hat dies auf beispiellose Weise deutlich gemacht. Während es für die Zeit bis 1945 zumindest größtenteils eine solide Forschungsbasis gibt, wissen wir über Kontinuitäten und Wandlungen nach dem Ende des Nationalsozialismus bis heute wenig. Es ist davon auszugehen, dass es auch hier keine „Stunde Null“ gegeben hat, aber es mangelt weitgehend an entsprechenden Untersuchungen. An fehlender gesellschaftlicher Relevanz kann dies nicht liegen: Personen mit Migrationsgeschichte aus dem östlichen Europa machen mit über 9,5 Millionen Menschen rund 40 Prozent aller in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund und rund ein Neuntel der Gesamtbevölkerung aus.³

Personen mit Migrationshintergrund 2022

in Tsd. / Nach Geburtsland bzw. Geburtsland der Eltern

■ Weitere Länder (14,219)	■ Polen (2,201)	■ Russische Föderation (1,354)	■ Kasachstan (1,325)
■ Rumänien (1,096)	■ Ukraine (583)	■ Kosovo (542)	■ Bosnien und Herzegowina (538)
■ Kroatien (419)	■ Serbien (382)	■ Bulgarien (340)	■ Ungarn (260)
■ Tschechien (205)	■ Republik Moldau (139)		



Die Zahl der Geflüchteten aus der Ukraine in Deutschland wird im Mikrozensus für 2022 unterschätzt
Chart: Mediendienst Integration • Source: Statistisches Bundesamt (2023) • Created with Datawrapper

Vor diesem Hintergrund ist es zu begrüßen, dass die Untersuchung von antislawischem Rassismus Bestandteil der 2022 erschienenen Auftaktstudie des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors (NaDiRa) ist, der vom Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) erhoben wird. Als Ergebnis wird deutlich, dass es in der deutschen

² David Vlahek, Deutschnationaler und nationalsozialistischer Antislawismus – Kontinuitäten und Paradigmenwechsel eines heterogenen Ressentiments (1848–1945), in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 71, 1 (2022), 1–38, <https://doi.org/10.25627/202271111068>; Adamantios Skordios, Vom „großrussischen Panslavismus“ zum „sowjetischen Slavokommunismus“. Das Slaventum als Feindbild bei Deutschen, Österreichern, Italienern und Griechen. In: Agnieszka Gašior/Lars Karl/Stefan Troebst (Hg.): Post-Panslavismus. Slavizität, Slavische Idee und Antislawismus im 20. und 21. Jahrhundert (Göttingen: Wallstein, 2014), 388–427.

³ Destatis, Mikrozensus – Bevölkerung nach Migrationshintergrund, Erstergebnisse 2022, Tabelle 12211-03 (Länder im Mikrozensus: Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Tschechische Republik, Ungarn, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Republik Moldau, Nordmazedonien, Russische Föderation, Serbien, Ukraine, Kasachstan).

Bevölkerung an Bewusstsein für diese Form von Rassismus mangelt. Zwar wird rassistisches Verhalten gegenüber Osteuropäer*innen von der Mehrheit der Befragten auch als solches erkannt: Rund 44 Prozent stimmten der Aussage, dass ein bestimmtes Verhalten, von dem osteuropäische Menschen betroffen sind, rassistisch sei, voll und ganz zu, rund ein Viertel stimmten eher zu. Zugleich ist der Wert aber deutlich niedriger als etwa bei Anti-Schwarzem oder antiasiatischem Rassismus und der niedrigste Wert unter den sechs rassifizierten Minderheiten, die der NaDiRa abfragt.⁴

"Ich finde dieses Verhalten rassistisch..." – Bewertung der gleichen Situationen nach betroffener Gruppe

Befragung des Nationalen Rassismusmonitors 2021

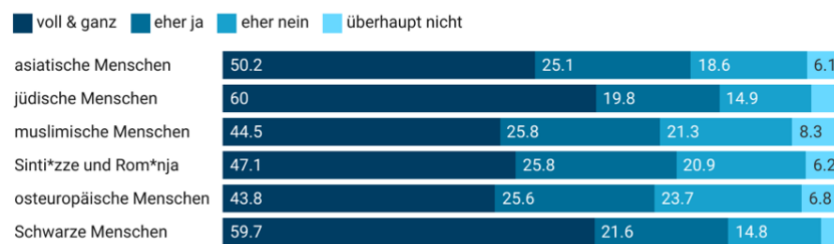


Chart: Mediendienst Integration • Source: Nationaler Rassismusmonitor (2022) • Created with Datawrapper

Die Studienautor*innen vermuten als Grund dafür, dass die Personen als ‚weiß‘ wahrgenommen werden und daraus geschlossen wird, dass sie nicht von Rassismus betroffen sein können. Ein ähnliches Bild zeichnet der Bericht „Rassismus in Deutschland“, den die Integrationsbeauftragte und Beauftragte für Antirassismus der Bundesregierung, Staatsministerin Reem Alabali-Radovan, Anfang 2023 vorstellte. Dort wird die „besondere Bedeutung“ des antislawischen Rassismus betont, mangels empirischer Daten bilde er jedoch eine „vorläufige Leerstelle“: „Zu seinen aktuellen Ausprägungen gibt es bisher kaum Daten; hier besteht Forschungsbedarf.“⁵

Zugleich thematisieren Vertreter*innen betroffener Gruppen antiosteuropäischen und antislawischen Rassismus in der Öffentlichkeit. Junge Aktivist*innen, die sich in Abgrenzung zu Fremdzuschreibungen wie „die Russen“ oder „Ostblock“ als „PostOst“ bezeichnen, sprechen auf Instagram, durch Podcasts und Videos über Antislawismus und fordern eine Anerkennung ihrer Erfahrungen ein.⁶ Gleiches gilt für die Literatur: Viel gelesene Autor*innen wie Paul Bokowski, Lena Gorelik, Dmitrij Kapitelman, Emilia Smechowski oder Natascha Wodin schreiben in ihren Büchern über ihr Ankommen und Aufwachsen in Deutschland, aber auch darüber, wie sie

⁴ Nationaler Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (2022): „Rassistische Realitäten“ <https://www.rassismusmonitor.de/studie-rassistische-realitaeten/>, 69.

⁵ Alle Zitate: Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus (2023): Lagebericht: Rassismus in Deutschland. Ausgangslage, Handlungsfelder, Maßnahmen, 30 <https://www.integrationsbeauftragte.de/resource/blob/1864320/2157012/77c8d1dddeea760bc13dbd87ee9a415f/lagebericht-rassismus-komplett-data.pdf?download=1>.

⁶ Sergej Prokopkin, https://www.instagram.com/s_prokopkin/?hl=de; PostOstPride, <https://www.instagram.com/postostpride.podcast/?hl=de>; Quorum Chat. Das Antislawismus-Problem. Darja Klingenberg, Ani Menua und Nikolai Klimeniouk, 16.6.2022: <https://www.initiative-quorum.org/de/themen/details/quorum-chat-das-antislawismus-problem.html>.

Ablehnung bis hin zu Rassismus erfahren haben.⁷ Damit wird etwas sagbar, was über Jahrzehnte mit familiärem und gesellschaftlichem Schweigen bedeckt wurde.⁸

2. Antiosteuropäischer und antislawischer Rassismus in der deutschen Geschichte

Deutschland hat eine lange Verflechtungs- und Expansionsgeschichte mit und im östlichen Europa, die insbesondere ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch koloniale Züge annahm.⁹ Abwertende und hierarchisierende Vorstellungen des ‚Ostens‘ hatte es schon zuvor gegeben. In der Aufklärung galt „Osteuropa“ im westlichen Denken als eine rückständige Zwischenwelt zwischen Okzident und Orient, als – wie es der Historiker Larry Wolff bezeichnete – „Europa, doch auch nicht Europa (*Europe but not Europe*)“¹⁰. Ähnliche Vorstellungen herrschten von Südosteuropa bzw. dem „Balkan“, wie es die Historikerin Maria Todorova aufzeigte.¹¹ Ein prominentes Beispiel aus dem 19. Jahrhundert sind die Debatten in der Frankfurter Paulskirche 1848/49 um die Stellung Posens und Böhmens in einem zukünftigen Deutschen Reich. Eine große, fraktionsübergreifende Mehrheit debattierte über einen viel weitergehenden, ‚deutschen Osten‘, der bis ans Schwarze Meer reichen sollte und den es zu erobern, zu „zivilisieren“ und zu beherrschen gelte.¹² Gustav Freytags Erfolgsroman „Soll und Haben“ (1855) verankerte im deutschen Bildungsbürgertum sowohl antisemitische Bilder als auch das Stereotyp desorganisierter, chaotischer Pol*innen, die zu effektivem ökonomischem Handeln unfähig seien.

Im Kaiserreich radikalisierte und rassifizierte sich der deutsche Blick nach Osten. Das restriktive Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 sollte die Einbürgerung unerwünschter Migrant*innen aus dem östlichen Europa verhindern.¹³ Weitere Ausdrucksformen des zunehmend kolonialen deutschen Verhältnisses zum „Osten“ waren die gezielte Ansiedlung von Deutschen in den von Preußen kontrollierten polnischen Teilungsgebieten ab den 1880er Jahren („Ostmark“), das „Land Ober Ost“¹⁴ im Ersten Weltkrieg und der in der Weimarer Zeit propagierte

⁷ Paul Bokowski, Schlesenburg (Berlin: Btb Verlag, 2022); Lena Gorelik, Wer wird sind (Berlin: Rowohlt, 2021); Dmitrij Kapitelman, Eine Formalie in Kiew (Berlin: Hanser, 2021); Emilia Smechowski, Wir Strebermigranten (Berlin: Hanser, 2017); Natascha Wodin, Sie kam aus Mariupol (Hamburg: Rowohlt, 2018).

⁸ Erica Zingher, Jüdische Kontingentflüchtlinge: Was wächst auf Beton? taz, 22.11.2020, <https://taz.de/Juedische-Kontingentfluechtlinge/!5727852/>; Veronika Kiesche, Jüdische (Un-)Sichtbarkeiten. Verhandlungen von Antisemitismus und antislawischem Rassismus in der zweiten Generation jüdischer Kontingentflüchtlinge. Mit einer Einführung von Hans-Christian Petersen. Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung. Working Paper VII, Oktober 2022 <https://minor-kontor.de/juedische-un-sichtbarkeiten/>.

⁹ Christoph Kienemann, Der koloniale Blick gen Osten. Osteuropa im Diskurs des Deutschen Kaiserreiches von 1871 (Paderborn: Schöningh, 2018); Robert Nelson (Hg.), Germans, Poland, and Colonial Expansion to the East. 1850 Through the Present (Basingstoke: Palgrave 2009); Gregor Thum (Hg.), Traumland Osten. Deutsche Bilder vom östlichen Europa im 20. Jahrhundert (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2006).

¹⁰ Larry Wolff, Inventing Eastern Europe. The Map of Civilization on the Mind of the Enlightenment (Stanford: Stanford University Press, 1994).

¹¹ Maria Todorova, Die Erfindung des Balkans. Europas bequemes Vorurteil (Darmstadt: Primus, 1999).

¹² Hans-Christian Petersen, Deutsche Antworten auf die "slawische Frage". Das östliche Europa als kolonialer Raum in den Debatten der Frankfurter Paulskirche. In: Michael Fahlbusch/Ingo Haar/Anja Lobenstein-Reichmann/Julien Reitzenstein (Hg.): Völkische Wissenschaften. Ursprünge, Ideologien und Nachwirkungen (Berlin/Boston: Oldenbourg, 2020), 54-79.

¹³ Dieter Gosewinkel, Einbürgern und Ausschließen: die Nationalisierung der Staatsangehörigkeit vom Deutschen Bund bis zur Bundesrepublik Deutschland (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2001).

¹⁴ Kurzbezeichnung für das deutsche Besatzungsgebiet an der Ostfront des Ersten Weltkrieges, das vom Generalstab des Oberbefehlshabers Ost verwaltet wurde. Es erstreckte sich über mehr als 108.000 km² auf Gebieten, die heute zu Lettland, Litauen, Polen und Weißrussland gehören. Siehe auch den Eintrag "Ober Ost" im Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa: <https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/regionen/ober-ost> (Stand: 14.09.2015).

„Grenzkolonialismus“ sowie die „Grenzlandarbeit“.¹⁵ Die Radikalisierung vollzog sich im Zusammenspiel mit anderen Diskriminierungsformen gegen Menschen aus Osteuropa, insbesondere dem Antisemitismus und dem Antiziganismus. So verdichteten sich in der Figur des „Ostjuden“ alle negativen Stereotype über „den Osten“ (z.B. Rückständigkeit, Schmutz) und „die Juden“ (z.B. Geldgier, Amoralität) und machten sie zu einer besonderen Hassfigur der völkischen Rechten.¹⁶ Heutzutage passiert ähnliches mit Sinti*innen und Rom*innen aus Südosteuropa.

Der Vernichtungskrieg im östlichen Europa und der „Generalplan Ost“ des NS-Regimes, der eine Kolonisierung Osteuropas sowie die Ermordung bestimmter Bevölkerungsgruppen vorsah, stellten den negativen Höhepunkt deutscher rassistischer Hierarchisierungen und Expansionsprojekte dar. Allein in der Sowjetunion starben rund 27 Millionen Menschen. Einerseits geschah dies infolge eines eliminatorischen Antisemitismus, der die Ermordung aller Juden und Jüdinnen vorsah. Andererseits wurden große Teile der Bevölkerung als ‚slawische Untermenschen‘ rassistisch abgewertet und dem Hungertod preisgegeben. Erinnert sei an die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener, die man massenhaft sterben ließ oder ermordete, und an die Blockade Leningrads, während der über eine Million Menschen verhungerten und erfroren, weil sie aus Sicht der Deutschen „überflüssige Esser“ waren.¹⁷ Ein weiteres Beispiel ist die rassistische Behandlung Millionen sogenannter „Ostarbeiter“, die im Deutschen Reich unter unmenschlichen Bedingungen Zwangsarbeit verrichteten, durch den Aufnäher „Ost“ auf ihrer Kleidung stigmatisiert wurden und denen es verboten war, sexuelle Beziehungen mit der „arischen“ Bevölkerung einzugehen.¹⁸

3. Kontinuitäten nach 1945

Angesichts der millionenfachen Beteiligung der deutschen Bevölkerung am rassistischen Zwangsarbeitssystem und am Vernichtungskrieg an der Ostfront muss man davon ausgehen, dass antiosteupäischer und antislawischer Rassismus nicht mit dem Jahr 1945 endeten. Die Forschungslage hierzu ist aber bisher dürftig. Ein Indiz für solche Kontinuitäten ist die gezielt gegen Osteuropa gerichtete Komponente des Antikommunismus in der Zeit des Kalten Krieges. Nach Ende des Kalten Krieges erlebten Abwertungen von osteuropäischen Migrant*innen, die ab Ende der 1980er Jahre wieder in größerer Zahl nach Deutschland kamen, eine erneute Konjunktur („Polenwitze“). Die zu jener Zeit vorhandene Furcht vor massenhafter Zuwanderung aus Osteuropa ist auch in Kontinuität antiöstlicher Ressentiments zu sehen, und sie führte unter anderem dazu, dass die Bürger*innen der seit 2004 zur EU gehörenden baltischen und ostmitteleuropäischen Staaten erst nach der maximal siebenjährigen Übergangsfrist freizügig

¹⁵ Hinter den Begriffen „Grenzkolonien“ und „Grenzlandarbeit“ steht die verbreitete Vorstellung der Ausdehnung des deutschen Einflussbereichs im Osten und damit einer kontinentalen Expansion nach Ost- und Südosteuropa, die auch der Anbindung dort lebender „Angehöriger des deutschen Volkes“ an das Deutsche Reich dienen sollte. Siehe dazu auch den Eintrag „Auslandsdeutschtum“ im Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa: <https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/auslandsdeutschtum> (Stand: 13.07.2021).

¹⁶ Alexandra Kurth/Samuel Salzborn, Antislawismus und Antisemitismus. Politisch-psychologische Reflexionen über das Stereotyp des Ostjuden, in: Edmund Dmitrów/Tobias Weger (Hrsg.), Deutschlands östliche Nachbarschaften. Eine Sammlung von historischen Essays für Hans Henning Hahn (Frankfurt a.M.: Peter Lang, 2009), S. 309–324; Trude Maurer, Ostjuden in Deutschland, 1918–1993 (Hamburg: Christian, 1986).

¹⁷ Zu sowjetischen Kriegsgefangenen siehe die klassische Studie von Christian Streit, Keine Kameraden: Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945 (Bonn: Dietz, 1997). Zur Blockade Leningrads siehe Jörg Ganzenmüller, Das belagerte Leningrad 1941–1944. Die Stadt in den Strategien von Angreifern und Verteidigern (Paderborn: Schöningh, 2005).

¹⁸ Eine wichtige Sammlung von Zeitzeugenberichte zu dieser Thematik findet sich unter <https://www.zwangsarbeit-archiv.de/>.

nach Deutschland einreisen durften. Auch die vermeintlich privilegierten Migrationsgruppen der Spätaussiedler*innen und jüdischen Kontingentflüchtlinge waren von diesen Ressentiments wie auch von struktureller Diskriminierung nicht ausgenommen. Ihre Abschlüsse wurden häufig nicht anerkannt und sie mussten niedrig qualifizierteren Tätigkeiten nachgehen, etwa in der Lagerlogistik oder als Pflege- oder Reinigungskräfte, und erlebten Alltagsdiskriminierung – Erfahrungen, die sie mit anderen migrantischen Gruppen und Menschen in der Bundesrepublik teilen.¹⁹

Zur strukturellen Benachteiligung kam rassistische Gewalt: auch Menschen osteuropäischer Herkunft wurden seit 1990 Opfer rechtsextremer Morde mit rassistischem Motiv, darunter sieben Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion und vier Polen.²⁰ Als Beispiel sei der junge, aus Kasachstan stammende Spätaussiedler Kajrat Batesov genannt: Am 4. Mai 2002 wurde er im brandenburgischen Wittstock zusammen mit seinem Freund Maxim K. vor einer Diskothek von Jugendlichen brutal attackiert und als „Scheißrusse“ beschimpft. Kajrat erlag am 23. Mai 2002 seinen Verletzungen.²¹ Sein Name ist ebenso wie die der anderen Opfer heute kaum jemandem ein Begriff.

Etwas größere öffentliche Aufmerksamkeit erfuhr das Rohrbombenattentat am S-Bahnhof Düsseldorf Wehrhahn am 27. Juli 2000. Zehn Menschen postsowjetischer Herkunft, darunter sechs Jüdinnen und Juden, wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt, eine schwangere Frau verlor ihr ungeborenes Kind. Die Opfer hatten zuvor einen Sprachkurs besucht. Täterschaft und Tatmotivation wurden nie aufgeklärt. Der Verdächtige Ralf S. wurde am 31. Juli 2018 aus Mangel an Beweisen freigesprochen.²²

4. Anfeindungen und Instrumentalisierung seit dem 24. Februar 2022

Seit der Ausweitung des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 hat das Thema des antiosteuropäischen und antislawischen Rassismus erhöhte Aufmerksamkeit erhalten. Einerseits häuften sich seit Kriegsbeginn Vorfälle, bei denen russischsprachige Menschen – häufig fälschlicherweise als „Russ*innen“ adressiert – kollektiv für den Krieg in der Ukraine verantwortlich gemacht wurden. Dies reichte von Boykottaufrufen gegen vermeintliche oder tatsächliche 'russische' Restaurants über Beleidigungen und Schmierereien bis zum Brandanschlag auf die Lomonossow-Schule in Berlin am 11. März 2022. Auch wenn die Urheberchaft in vielen Fällen ungeklärt ist, lässt sich statistisch von einer Zunahme solcher Vorfälle sprechen.²³ Hier werden Menschen pauschal beschuldigt und angegriffen, von denen die meisten seit vielen Jahren in Deutschland leben und die keine Verantwortung für Russlands Angriffskrieg tragen.

Zudem kommen viele dieser Menschen gar nicht aus Russland: von den rund vier Millionen postsowjetischen Migrant*innen, die in der Bundesrepublik leben, stammen nur circa 34 Prozent

¹⁹ Vgl. Jannis Panagiotidis, Postsowjetische Migration in Deutschland: eine Einführung (Weinheim: Beltz Juventa, 2021).

²⁰ Amadeu Antonio Stiftung: Todesopfer rechter Gewalt: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/todesopfer-rechter-gewalt/>.

²¹ Ebd. „Kajrat Batesov“: <https://todesopfer-rechter-gewalt-in-brandenburg.de/kajrat-batesov/>.

²² Jannis Panagiotidis, Postsowjetische Migration in Deutschland: eine Einführung (Weinheim: Beltz Juventa, 2021), 156.

²³ Mediendienst Integration (2022): Anfeindungen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg: <https://mediendienst-integration.de/artikel/anfeindungen-im-zusammenhang-mit-dem-ukraine-krieg.html>.

aus der Russischen Föderation, weitere 33 Prozent kommen aus Kasachstan. Sie sind in aller Regel mehrsprachig, wobei als Verkehrssprache bisher noch das Russische dominiert. Sein Gebrauch sagt aber nichts darüber aus, ob sich die jeweilige Person tatsächlich als „russisch“ versteht oder gar Putins Politik unterstützt. Die Anfeindungen belegen vielmehr, dass Rassismus über Fremdzuschreibungen funktioniert, die nicht mit der Selbstbeschreibung der Menschen übereinstimmen müssen. Denn es werden auch Menschen als „Russen“ adressiert und angegriffen, die in der ehemaligen Sowjetunion als Deutsche wahrgenommen wurden oder die in Wirklichkeit sogar aus der Ukraine stammen und angesichts der russischen Aggression um das Leben ihrer Verwandten und Freund*innen bangen.

Auf der anderen Seite gab und gibt es eine gezielte Instrumentalisierung des Themas. Sowohl bei den nationalistischen Pro-Putin-Autokorsos im Frühjahr 2022 als auch auf der Homepage der russischen Botschaft in Deutschland wird der Eindruck erweckt, alle russischsprachigen Menschen in Deutschland würden diskriminiert. Das Schlagwort dafür lautet *Russophobie*: Eine Feindschaft gegen alles Russische würde das Handeln ‚des Westens‘ bestimmen. Sowohl Präsident Putin als auch Außenminister Lawrow haben diesen Vorwurf immer wieder erhoben – schon vor dem 24. Februar 2022, aber vor allem danach, um die Sanktionen gegen Russland und die militärische Unterstützung für die Ukraine zu delegitimieren. Hinzu kommen einflussreiche Influencer*innen wie Alina Lipp, die auf ihrem Telegram-Kanal "Neues aus Russland" mehr als 180.000 Follower*innen hat.²⁴ Mitte März 2022 teilte sie dort ein Video über den vermeintlichen Mord an einem 16-jährigen Russlanddeutschen, der von einem angeblichen Mob ukrainischer Geflüchteter in Euskirchen zu Tode geprügelt worden sei. Der Fall erwies sich sehr schnell als Desinformation, ging aber trotzdem in kürzester Zeit viral. Er steht exemplarisch für die Online-Aktivitäten pro-russischer Aktivist*innen und die Instrumentalisierung des Themas Antislawischer Rassismus: Mit dem Schlagwort „Russophobie“ und mit Hashtags wie #stophatingrussians wird gezielt versucht, kritische Stimmen gegen Russlands Krieg in der Ukraine zum Schweigen zu bringen und die westeuropäischen Gesellschaften zu spalten.

Ukrainische Geflüchtete erfuhren in Deutschland nach dem 24. Februar zunächst eine bemerkenswerte Aufnahmebereitschaft. Im Vergleich zu anderen Geflüchteten lief und läuft ihre Aufnahme unkomplizierter ab: Sie können vorübergehenden Schutz nach §24 AufenthG beantragen, müssen kein normales Asylverfahren durchlaufen und können Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch beziehen. Eine Behandlung der geflüchteten Ukrainer*innen als ‚gleichwertige‘ Europäer*innen ist aber angesichts der hier skizzierten Geschichte des antislawischen Rassismus keineswegs selbstverständlich. So bilden insbesondere ukrainische Frauen, die die Mehrheit der Geflüchteten ausmachen, eine besonders vulnerable Gruppe. Ukrainerinnen wurden im letzten Jahr in der Popkultur sexualisiert,²⁵ mussten sexuelle Belästigung erfahren oder wurden durch

²⁴ Viktor Marinov, Matthias Bau, Alina Lipp: Wie eine 28-Jährige zum Sprachrohr russischer Propaganda wurde, Correctiv, 8.4.2022 <https://correctiv.org/faktencheck/hintergrund/2022/04/08/alina-lipp-wie-eine-28-jaehrige-zum-sprachrohr-russischer-propaganda-wurde/>.

²⁵ Browser Ballet, Gute Flüchtlinge, schlechte Flüchtlinge, 21.4.2022, [https://www.ardmediathek.de/video/browser-ballett/gute-fluechtlinge-schlechte-fluechtlinge/funk/Y3JpZDovL2Z1bmsubmV0LzgwMC92aWRlby8xNzk4NTk0](https://www.ardmediathek.de/video/browser-ballett/gute-fluechtlinge-schlechte-fluechtlinge/funk/Y3JpZDovL2Z1bmsubmV0LzgwMC92aWRlby8xNzk4NTk0; Anns Koemets, Janine Dieckmann, Antislawismus – Zwischen Popkultur und Diskriminierungsrealitäten. IDZ-Kurzanalyse #3, https://www.fg2-risc.de/publikationen/details/antislawismus-zwischen-popkultur-und-diskriminierungsrealitaeten-idz-kurzanalyse-3); Anns Koemets, Janine Dieckmann, Antislawismus – Zwischen Popkultur und Diskriminierungsrealitäten. IDZ-Kurzanalyse #3, <https://www.fg2-risc.de/publikationen/details/antislawismus-zwischen-popkultur-und-diskriminierungsrealitaeten-idz-kurzanalyse-3>.

Menschenhändler zur Prostitution gezwungen. Dabei spielt die lange Tradition der sexistischen Fetischisierung osteuropäischer Frauen eine wichtige Rolle.²⁶

Hinzu kamen Anfeindungen gegen ukrainische Geflüchtete: Ende 2022 wurden mehrere Anschläge auf Unterkünfte für ukrainische Geflüchtete verübt bzw. auf Orte, die dafür vorgesehen waren. Hierbei lässt sich in der Regel nicht klären, inwieweit ein allgemeiner Rassismus den Taten zugrunde lag oder ob sie sich gezielt gegen Ukrainer*innen richteten. Fest steht jedenfalls, dass auch osteuropäische, in diesem Falle ukrainische, Menschen Opfer rassistischer Gewalt werden. Parallel dazu erfolgte eine rassistische Stimmungsmache durch die extreme Rechte, aber auch populistische Aussagen wie etwa des CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz über den „Sozialtourismus“ ukrainischer Geflüchteter.²⁷ Es stellt sich die Frage, wie sich diese Dynamiken entwickeln und ob die bisher beeindruckende Hilfsbereitschaft großer Teile der deutschen Bevölkerung dem Einhalt gebieten wird.

5. Fazit

Spätestens seit der weltweiten antirassistischen Mobilisierung nach der Ermordung von George Floyd in den USA 2020 spricht man auch in Deutschland verstärkt öffentlich über Rassismus. Das ist gut so und sensibilisiert eine breitere Öffentlichkeit für ein Thema, das bis dahin vor allem durch Betroffene und Aktivist*innen angesprochen wurde. Zugleich gilt es aber, einen möglichst umfassenden Blick auf die Thematik zu bekommen und nicht bestimmten Gruppen, konkret Menschen aus Osteuropa, ihre Betroffenheit von Rassismus abzusprechen. Dabei geht es nicht um Opferkonkurrenz. Verschiedene rassistische Kategorien und Praktiken müssen mit ihren jeweiligen spezifischen Eigenschaften auf struktureller und individueller Ebene analysiert werden. Wichtig ist dabei, die betroffenen Menschen zu hören, die in der Bevölkerung vorhandenen Vorurteilsstrukturen zu analysieren, und systematische Benachteiligungen von Menschen aufgrund ihrer Herkunft – etwa auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt – zu benennen. Den Rassismus gegen Menschen aus Osteuropa müssen wir dabei sehr ernst nehmen – ein „Rassismus gegen Weiße“, der die Menschen nicht trifft, weil sie ‚weiß‘ sind (zumeist eine helle Hautfarbe haben), sondern weil andere rassistische Hierarchisierungen äußerlich ‚weiße‘ Menschen treffen. Deshalb erscheint uns der Blick auf das Nachwirken des kolonialen und rassistischen deutschen Erbes im östlichen Europa – eine „Osterweiterung der Erinnerung“²⁸ und damit auch der Rassismusdebatte – als überfällig und dringend notwendig.

²⁶ Anastasia Tikhomirova, Ich streichle keine deutschen Egos mehr, Ze.tt, 3.5.2022, <https://www.zeit.de/zett/politik/2022-05/sexismus-osteuropaerin-diskriminierung-deutschland>.

²⁷ Merz beklagt „Sozialtourismus“, Tagesschau, 27.9.2022, <https://www.tagesschau.de/inland/merz-ukraine-fluechtlinge-deutschland-101.html>.

²⁸ Mark Terkessidis, Wessen Erinnerung zählt? Koloniale Vergangenheit und Rassismus heute (Hamburg: Hoffmann und Campe, 2019).

Die Autoren

apl. Prof. Dr. Jannis Panagiotidis ist wissenschaftlicher Geschäftsführer des Forschungszentrums für die Geschichte von Transformationen (RECET) an der Universität Wien. Er leitet ein Forschungsprojekt zu postsowjetischen Migrationscommunities in der Stadt Osnabrück im Rahmen des Forschungsverbunds „Ambivalenzen des Sowjetischen: Diasporanationalitäten zwischen kollektiven Diskriminierungserfahrungen und individueller Normalisierung, 1953-2023“. Von 2014 bis 2020 war er Juniorprofessor für Migration und Integration der Russlanddeutschen am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück.

PD Dr. Hans-Christian Petersen ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa und Dozent an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Forschungsschwerpunkte: russlanddeutsche Geschichte und Gegenwart, Stadtgeschichte und sozialer Raum, Geschichte der deutschen „Ostforschung“, antiosteuropäischer und antislawischer Rassismus. Seit November 2020 ist er zudem Betreuer zweier Projekte im Forschungsverbund „Ambivalenzen des Sowjetischen: Diasporanationalitäten zwischen kollektiven Diskriminierungserfahrungen und individueller Normalisierung, 1953-2023“.

Die ausführliche Studie von Jannis Panagiotidis und Hans-Christian Petersen zu antiosteuropäischem und antislawischem Rassismus wird 2024 bei Beltz Juventa erscheinen. Eine kürzere [Übersicht](#) der Autoren zum Thema erschien bei der Bundeszentrale für politische Bildung 2022: „Geschichte und Gegenwart des antiosteuropäischen Rassismus und Antislawismus“.